



---

*Ausschuss für konstitutionelle Fragen  
Der Vorsitzende*

---

25.2.2021

Herrn  
Johan Van Overtveldt  
Vorsitzender  
Haushaltsausschuss  
BRÜSSEL

Betrifft: Stellungnahme zu den allgemeinen Leitlinien für die Vorbereitung des Haushaltsplans 2022, Einzelplan III – Kommission (2020/2265(BUI))

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Rahmen des genannten Verfahrens wurde der Ausschuss für konstitutionelle Fragen beauftragt, Ihrem Ausschuss eine Stellungnahme vorzulegen. Der Ausschuss beschloss in seiner Sitzung vom 27. Januar 2021, diese Stellungnahme in Form eines Schreibens zu übermitteln.

Der Ausschuss für konstitutionelle Fragen hat den Gegenstand in seiner Sitzung vom 25. Februar 2021 geprüft. In dieser Sitzung<sup>1</sup> hat er beschlossen, den federführenden Haushaltsausschuss zu ersuchen, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen.

Zunächst möchten die Mitglieder des Ausschusses erneut darauf hinweisen, dass in Zeiten, in denen uns die COVID-19-Pandemie vor beispiellose wirtschafts-, gesundheits-, bildungs- und sozialpolitische Herausforderungen stellt, der Jahreshaushaltsplan der Union einen Grundpfeiler ihrer Reaktion auf die durch das Virus verursachten Schäden bildet. Der

---

<sup>1</sup> Bei der Schlussabstimmung waren anwesend: Antonio Tajani (Vorsitzender und Verfasser der Stellungnahme), Gabriele Bischoff (stellvertretende Vorsitzende), Charles Goerens (stellvertretender Vorsitzender), Giuliano Pisapia (stellvertretender Vorsitzender), Gerolf Annemans, Damian Boeselager, Geert Bourgeois, Fabio Massimo Castaldo, Włodzimierz Cimoszewicz, Gwendoline Delbos-Corfield, Pascal Durand, João Ferreira (in Vertretung von Leila Chaibi), Daniel Freund, Esteban González Pons, Sandro Gozi, Brice Hortefeux, Laura Huhtasaari, Paulo Rangel, Antonio Maria Rinaldi, Domènec Ruiz Devesa, Jacek Saryusz-Wolski, Helmut Scholz, Pedro Silva Pereira, László Trócsányi, Mihai Tudose, Guy Verhofstadt, Loránt Vincze und Rainer Wieland.

Jahreshaushaltsplan der EU für 2022 muss sowohl ehrgeizig als auch solide sein, damit die Wirtschaft mit den Programmen der Union tatsächlich wieder angekurbelt werden kann.

Des Weiteren halten es die Mitglieder des Ausschusses für geboten, die Haushaltsmittel der EU anhand des Aufbauinstruments der Europäischen Union aufzustocken, und weisen mit Nachdruck darauf hin, dass alle Mitgliedstaaten den neuen Eigenmittelbeschluss ratifizieren müssen. Sie weisen ferner darauf hin, dass die Umsetzung des Fahrplans für die Einführung neuer Eigenmittel fortgesetzt werden muss, damit durch die neuen Eigenmittel zumindest die mit der Rückzahlung des Aufbauinstruments der Europäischen Union verbundenen Ausgaben gedeckt sind.

Die Mitglieder des Ausschusses betonen, dass im Haushalt der EU für 2022 auch ausreichende Mittel bereitgestellt werden müssen, damit die Union die Zuständigkeiten, die ihr mit den Verträgen übertragen wurden, ausüben kann, und dass der Haushalt der EU für 2022 auf das gemeinsame europäische Interesse ausgerichtet sein und es der Union ermöglichen muss, Ergebnisse vorzuweisen, die für die europäischen Bürger von Belang sind.

Eine wirksame Kommunikation und Rücksprache mit den Bürgern in ganz Europa sollte zu den obersten Prioritäten für den Haushalt zählen, um eine breite, aktive und wirksame Beteiligung der Bürger sicherzustellen. Insbesondere sollten im Rahmen des Haushaltsplans für 2022 die erforderlichen Mittel für die Durchführung der Konferenz über die Zukunft Europas bereitgestellt werden. Diese Mittel sollten zu den im Standpunkt des Europäischen Parlaments zur Konferenz über die Zukunft Europas<sup>2</sup> ausgeführten Zielen der Konferenz, einschließlich der Veranstaltung von thematischen Foren für die europäischen Bürger und von Jugendforen während des gesamten Verfahrens, im Verhältnis stehen.

Die Mitglieder des Ausschusses unterstreichen, dass angemessene Mittel für die Programme, Tätigkeiten und Initiativen der Union bereitgestellt werden müssen, die ausschlaggebend dafür sind, die Verfahren der partizipativen Demokratie in der EU zu stärken, das Vertrauen der Bürger sowie ihr Verständnis für die Politik der EU zu vertiefen und die Unionsbürgerschaft zu entwickeln und zu fördern, insbesondere die Europäische Bürgerinitiative und das Programm „Rechte und Werte“.

Es muss auch für eine angemessene Finanzierung der Strukturen innerhalb der Organe und Einrichtungen der EU gesorgt werden, die für die Kommunikation mit den Bürgern und die Bekämpfung von Desinformation zuständig sind, wie unter anderem die Vertretungen der Kommission und das künftige Sekretariat der Konferenz zur Zukunft Europas, damit diese ihre Aufgaben wirksam wahrnehmen können.

Nicht zuletzt weisen die Mitglieder des Ausschusses erneut darauf hin, dass angemessene Mittel für die Kommunikationsdienststellen der Kommission bereitgestellt werden müssen, die bestrebt sind, die politische Bildung zu fördern und die Bürger über die Tätigkeiten und Maßnahmen der Union zu informieren, und so zur Bewusstseinsbildung und zur Bekämpfung von Desinformation beitragen.

---

<sup>2</sup> Angenommene Texte: P9\_TA(2020)0010 und P9\_TA(2020)0153.

Ich bin zuversichtlich, dass der Haushaltsausschuss diese Vorschläge bei der Ausarbeitung der Leitlinien für den Haushaltsplan 2022 berücksichtigen wird.

Mit freundlichen Grüßen

Antonio Tajani